



Ercheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigentell:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklametell:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatoorchriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
möglicherweise mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 220

Samstag, den 20. September 1930

Jahrgang 103

Völkerbund und Minderheitenfrage

Große Aussprache über die Minderheitenfrage in Genf — Briand widerspricht den deutschen Forderungen

Genf, 20. Sept. Die am Freitag begonnenen Verhandlungen des Politischen Ausschusses über die Minderheitenfrage haben zu einer großen politischen Aussprache geführt. Die große Bedeutung, die der Minderheitenfrage beigelegt wird, geht aus der Tatsache hervor, daß der französische Außenminister Briand zum erstenmal an den Verhandlungen des Politischen Ausschusses teilnahm, womit von vornherein feststand, daß der deutsche Vorkriegsstand in der Minderheitenfrage auf den stärksten Widerstand auf der Gegenseite stoßen würde. In den Verhandlungen waren ferner der polnische, rumänische, südslawische und tschechoslowakische Außenminister sowie die maßgebenden Vertreter anderer Länder erschienen. Allgemein fiel dagegen auf, daß Reichsaussenminister Dr. Curtius an den Ausschussverhandlungen nicht teilnahm, obwohl ein deutscher Antrag zur Verhandlung stand und die deutsche Regierung es übernommen hatte, die Minderheitenfrage im Politischen Ausschuss zu vertreten.

Die Aussprache wurde von Reichsminister a. D. Koch-Weser eröffnet, der eingehende Kritik an der gegenwärtigen Behandlung des Minderheitenproblems übte. Das Ziel seiner Darlegungen war, den Ausbau der Madrider Beschlüsse zu erreichen und das Beschwerdeverfahren zu vervollkommen. Koch-Weser bemängelte die Kürzlichkeit des Berichts des Völkerbundssekretariats über die Minderheitenfrage und die Unübersichtlichkeit der gegebenen Informationen, die Dunkelheit über die Verhandlungen der Dreierausschüsse, die sich mit der Prüfung der Minderheitenbeschwerden zu befassen haben. Er stellte die ungewöhnlich große Anzahl der nicht angenommenen Petitionen fest, was um so bestrebender wirkte, da es sich hier zumeist um Petitionen von Kirchen und großen Organisationen handelte. Außerdem würden die Petitionen entgegen den getroffenen Vereinbarungen nicht in vollem Umfange veröffentlicht. Schließlich wies Koch-Weser nach, daß die Mitteilungen der Dreierausschüsse an den Rat unvollständig und nicht streng sachlich gehalten sind. Die Errichtung einer ständigen Minderheiten-Kommission verlangte der Vertreter Deutschlands nicht, aber er schlug die Annahme eines Entschließungsantrages vor, in dem der Wunsch ausgesprochen wird, die Madrider Beschlüsse in gerechter und loyaler Weise auszuführen.

Die Erklärung des deutschen Vertreters wurde durch den Vertreter der österreichischen Regierung unterstützt. Der Vertreter der albanischen Regierung, der u. a. betonte, daß der Schutz der Minderheiten heute die dringendste Aufgabe des Völkerbundes darstelle, verlangte die Schaffung eines ständigen Minderheitenausschusses.

Unter allgemeiner Spannung ergriff sodann der französische Außenminister Briand völlig unerwartet das Wort zu einer großen Rede, in der er den deutschen Standpunkt in der Minderheitenfrage in allen Punkten widerlegte und den heu-

tigen Minderheitenschutz durch den Völkerbund als völlig ausreichend und zufriedenstellend bezeichnete. Briand betonte, daß in Madrid einmütige Beschlüsse gefaßt worden seien, und diese Beschlüsse seien korrekt durchgeführt worden. Nicht die leiseste Veranlassung läge vor, irgend etwas abzuändern oder aber Kritik an dem, was geschehen sei, zu üben. Aus den Erklärungen des Vertreters Frankreichs ließ sich entnehmen, daß die Kritik des deutschen Vertreters an dem bisherigen Beschwerdeverfahren nicht als berechtigt betrachtet wird. Es ist zu bedauern, daß Außenminister Dr. Curtius während der Rede Briands nicht anwesend war, sonst hätte sich für den Vertreter Deutschlands Gelegenheit geboten, auf gewisse Ausführungen des französischen Außenministers wirksam zu antworten.

Der tschechische Außenminister Dr. Beneš erklärte sich bereit, auf breiter Basis das Minderheitenproblem zu erörtern, doch unter der Vorbedingung, daß Änderungen im Verfahren und neu zu schaffende internationale Verpflichtungen vom Standpunkt der Tschechoslowakei aus unzulässig seien. Der Vertreter Ungarns, Graf Apponyi übte an dem Beschwerdeverfahren heftige Kritik. Die als Kläger auftretenden Minderheiten würden nicht einmal angehört. Wenn sich der Rat seit einiger Zeit mit Minderheitenfragen nicht zu befassen hätte, so liege die Ursache darin, daß die Kläger das ganze Verfahren für aussichtslos halten. Der Vertreter Rumäniens, Antoniadu, gab eine Erklärung ab, in der er sich mit dem vom Vertreter der Tschechoslowakei vertretenen Standpunkt einverstanden erklärt. Hierauf wurde die Sitzung vertagt.

Im weiteren Verlauf der Minderheitendebatte werden heute die Vertreter Englands, Polens und Südslawiens über den Entschließungsantrag debattieren. Es handelt sich um folgende Feststellung: der Völkerbund ist der Garant der Minderheiten. Er muß sich alljährlich und ständig damit befassen. Es ist seine Pflicht, die Arbeit des Völkerbundsrats auf diesem Gebiete zu überwachen. Es bleibt abzuwarten, welchen Ausdruck dieser Gedanke in der Entschließung findet und ob auf die Notwendigkeit der weiteren Ausbildung der Madrider Beschlüsse in klarer Form hingewiesen werden wird.

Briand bei Curtius.

Der französische Außenminister Briand stattete dem deutschen Außenminister Dr. Curtius einen Gegenbesuch ab. Im Laufe des Gesprächs wurden — wie verlautet — die grundsätzlichen Fragen der gegenwärtigen deutschen Außenpolitik, insbesondere die Frage der Fortführung der von Dr. Stresemann bestimmten Außenpolitik eingehend berührt.

Wie von französischer Seite mitgeteilt wird, hat im Mittelpunkt der Unterredung das Ergebnis der Reichstagswahlen gestanden. Briand soll hierbei den Standpunkt der französischen Regierung dargelegt haben.

Rabinettssitzung über das Arbeitsprogramm

U. Berlin, 20. Sept. Das Reichskabinett wird, wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, am Dienstag zu einer Sitzung zusammentreten, um das Arbeitsprogramm auszuarbeiten, das dem Reichstag bei seinem Zusammentritt vorgelegt werden wird. Der Reichskanzler wird im Laufe der nächsten Woche, nachdem das Programm der Regierung in Umrissen feststeht, Parlamentarier der verschiedenen Parteien empfangen.

Die ersten Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion. Das Zentralkomitee der KPD hat die neugewählte kommunistische Reichstagsfraktion beauftragt, einen Antrag auf Einstellung der gesamten Youngzahlungen einzubringen. Die kommunistische Reichstagsfraktion wird ferner dem neuen Reichstag ein Sparprogramm vorlegen, das Anträge auf Streichung bei den Ausgaben für Reichswehr, Polizei, Justiz, bei den Gehältern der mittleren und oberen Beamten usw. vorsieht, ferner die stärkste Besteuerung der Besitzenden verlangt.

Die amtlichen Preisfestenbestrebungen.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsarbeitsminister hat in einem Rundschreiben den Wohnungsressorts der Länder und dem Beschaffungsressort die bisherigen Ergebnisse der Preisfestenmaßnahmen für das zusätzliche Wohnungsbauprogramm der Reichsregierung mitgeteilt. Es wird darauf hingewiesen, daß durch die Verschlechterung des Baumarktes bereits eine gewisse Senkung der Baukosten eingetreten ist und daß die bei dem zusätzlichen Wohnungsbauprogramm vorgesehenen Vereinfachungen der Bauausführung eine weitere Einsparung an den Baukosten von 7-8 Prozent bringen werde.

Von den Preisfestenmaßnahmen werden zunächst Verhandlungen mit Vertretern der zentralen Bauunternehmerverbände erwähnt. Wenn auch die Verbände angesichts der grundverschiedenen Verhältnisse auf dem Baumarkt im Reichsbereich weniger zahlenmäßige Vorschläge machen konnten, haben sie doch ihre Mitarbeit bei der Durchführung des zusätzlichen Wohnungsbauprogramms, insbesondere auch in der Richtung einer Preisfesten, zugesagt. Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Architekten haben dazu geführt, daß bei der Bearbeitung von Bauvorhaben des zusätzlichen Bauprogramms gewisse Ermäßigungen bei der Honorarberechnung gegenüber der Gebührenordnung für Architekten und Ingenieure eintreten. Die Zementverbände haben sich bereit erklärt, bei Zementlieferungen für das zusätzliche Wohnungsbauprogramm auf die jeweils geltenden Listenpreise einen Preisnachlass zu gewähren. Die hochwertigen Portlandzemente und die sogenannten Kampf-Zemente nehmen an dem Preisnachlass teil. Weitere Erleichterungen sind hinsichtlich der Bezugsart vereinbart worden. Es kann demnach künftig im Verbandsbereich des Westdeutschen Zementverbandes der billigere Normen-Zement ohne Beigabe von teurem Marken-Zement allein bezogen werden. Bei den Verhandlungen über Senkung der Ziegelpreise erwies es sich, daß eine einheitliche Preisbildung im Reich nicht besteht. Immerhin hat der Reichsverband der Deutschen Ton- und Ziegelnindustrie e. B. in Berlin ein Rundschreiben an die Land-, Provinzial- und Sonderfachverbände gerichtet und ihnen hierin die Notwendigkeit einer Unterstützung der mit dem zusätzlichen Wohnungsbauprogramm des Reichs beabsichtigten Preispolitik vor Augen geführt und auch sonst seine Unterstützung bei Verhandlungen mit den örtlichen Ziegelfabrikanten zugesagt.

Tages-Spiegel

In Genf begann gestern die Aussprache über das Minderheitenproblem. Die Forderungen der deutschen Regierung wurden von Briand nachdrücklich abgelehnt.

Das Reichskabinett wird am kommenden Dienstag zusammentreten, um das dem Reichstag vorzuliegende Arbeitsprogramm fertigzustellen.

Die Herbstmanöver der Reichswehr fanden gestern mittag mit einer Parade vor Hindenburg bei Römheld ihr Ende.

Der Ozeanflieger von Gronau und seine drei Begleiter sind gestern in Cuxhaven eingetroffen und in Hamburg festlich empfangen worden.

In England hat sich ein Nationaler Rat von Industrie und Handel zur Behebung der Wirtschaftskrise gebildet.

Durch falsche Putzgerüchte aus Deutschland in London und Newyork wurden erhebliche Kurseinbußen veranlaßt.

Reichsregierung und Youngplan-Revision

U. Berlin, 20. Sept. Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ aus Berlin sollen Gerüchte im Umlauf sein, daß die Reichsregierung beabsichtige, nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen eine internationale Erörterung der Reparationsfrage herbeizuführen, um eine Revision des Youngplanes zu erreichen. Die Rede des Reichsministers Dr. Wirth bestätigte anscheinend diese Gerüchte.

Wie hierzu von zuständiger Berliner Stelle mitgeteilt wird, hat kein Reichsminister Erklärungen abgegeben, die in diesem Sinne aufzufassen seien. Die Reichsregierung beabsichtige auch nicht, nunmehr die Reparationsfrage erneut aufzurollen oder eine Revision des Youngplanes zu beantragen. Wie das Beispiel Englands bezüglich seiner Schulden an Amerika gezeigt habe, sei es notwendig, abzuwarten, bis die Stimmung der Vertragsgegner einer Revisionsmöglichkeit zuneige. Dieser Zeitpunkt sei noch nicht eingetreten.

Unverantwortliche Putzgerüchte

Scharfer Kursrückgang der Reparationsbonds in Newyork und London.

U. Newyork, 20. Sept. Die in Deutschland hartnäckig verbreiteten Gerüchte über einen bevorstehenden Putz haben ihren Weg auch nach Newyork gefunden. Sie führten an der Börse zu scharfen Kursrückgängen. Reparationsbonds fielen von 84% auf 81% Punkte. An der Londoner Börse fielen die fünfprozentigen deutschen Reparationsbonds um 2 Punkte auf 80%.

In einem Londoner Bericht der „D.N.“ wird darauf hingewiesen, daß der Kursrückgang der Reparationsbonds an der Londoner Börse außer auf die Berichte eines Berliner Sensationsblattes über angebliche Putzvorbereitungen auf die Nachrichten einer amerikanischen Agentur über eine angebliche Massenflucht reicher Leute aus Deutschland nach Holland und der Schweiz zurückzuführen seien. Auch der Berliner Vertreter des sozialistischen „Daily Herald“ habe Gerüchte von einer Kapitalflucht aus Deutschland verbreitet, die seit der Wahl eingeseht habe.

Reichswehrparade vor Hindenburg

U. Römheld, 20. Sept. Am Freitag vormittag fand in Römheld die große Reichswehrparade vor Hindenburg statt, wodurch die Reichswehrparadenübungen in Südtüringen ihren Abschluß fanden. Seit den frühen Morgenstunden strömten zahlreiche Menschenmengen auf allen Zufahrtsstraßen nach Römheld. Schulen zogen herbei, denn die ganze Schuljugend der Umgegend hatte „Hindenburgfrei“. Auch die Krieger- und Militärvereine sowie die Landbundesgesellschaften marschierten heran.

Zuerst fuhr Hindenburg die Front der Kriegerverbände ab. Vor ihm senkten sich die Fahnen, die alten Offiziere salutierten. Auf dem Paradeplatz begab sich der Generalfeldmarschall mit seinem Stabe zu dem besonderen Paradeplatz. Ueber der Menschenmenge kreuzte ein Flieger. Darauf erklangen die alten Armeemärsche. In strammem Schritt marschierten die Truppen heran, zuerst die Infanterie, die Regimenter 13, 14 und 15, vor ihnen der Kommandeur, General der Kavallerie von Kayser und der Kommandeur der 15. Inf.-Division Generalleutnant Freyherr von Sautter, im Trab folgte dann die Nachrichtenabteilung V Cannstatt und dann fuhr die Artillerie im Galopp vorbei, daß die Ackerfrucht spritzte und der Boden erschüttert wurde. Den Schluß bildeten sechs Reiterregimenter, die in kurzem Paradegalopp vorbeisprengten. Unbeweglich stand Hindenburg während der ganzen zweistündigen Parade auf seinem Platz und grüßte unablässig die Truppen.

Völkerbund und Abrüstung

Verband wird nochmals sprechen.

Genf, 19. Sept. Wie die Telegraphenunion erfährt, wird der französische Außenminister in der Schlussansprache der Völkerbundsversammlung, die nach dem Abschluß der Ausschüßarbeiten Ende nächster Woche beginnen soll, in einer großen Rede zu der Abrüstungsfrage Stellung nehmen.

12,2 Milliarden Franken für die französische „Sicherheit“

Der vom französischen Ministerrat endgültig festgesetzte Haushaltsplan für 1931-32 sieht für den Heereshaushalt und die Sicherung der Grenzen insgesamt 12,2 Milliarden Franken vor. De Ausgaben für die nationale Sicherheit weisen gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung von 725 Millionen Franken auf. Dazu kommen noch die durch ein Sondergesetz festgesetzten Ausgaben für die Verstärkung der Grenzbefestigungen.

Die Bauwirtschaft protestiert

gegen die Preisfestsetzungsmaßnahmen der Reichspost und Reichsbahn.

Berlin, 19. Sept. Der Deutsche Wirtschaftsbund für das Baugewerbe nimmt in einer scharfen Erklärung dagegen Stellung, daß die nachgeordneten Behörden auf Grund des Erlasses der Reichsbahn und Reichspost, wonach die zuzuführenden Aufträge des Notprogrammes nur bei Preisnachlässen zur Durchführung kommen dürfen, schematische Preisabstiche in Höhe von 10 v. H. der Angebotssumme vornehmen. Dieser Preisabstich erfolge nicht nur bei neu zu vergebenden Arbeiten, sondern auch bei bereits in der Abwicklung befindlichen Verträgen, die zu einem Festpreis abgeschlossen seien und werde unter Androhung des Ausschlusses von sämtlichen zukünftigen Vergabungen von den bauausführenden Firmen erzwungen. Ein derartiger Druck stelle einen Mißbrauch der wirtschaftlichen Machtstellung der großen auftraggebenden Körperschaften dar. Der Eingriff in laufende Verträge widerspreche allen Grundsätzen der Vertragstreue.

Kreuzer „Karlsruhe“ in Südwestafrika

Berlin, 19. Sept. Der Kreuzer „Karlsruhe“ hat im ehemaligen Deutsch-Südwest-Afrika seitens der Behörden und der Bevölkerung eine außerordentlich entgegenkommende und freundliche Aufnahme gefunden. Eine Abordnung von vier Offizieren und 25 Mann unternahm auf Einladung der dort ansässigen Deutschen eine zehntägige Reise ins Innere des Landes. Die „Karlsruhe“ wird am 23. September den Atlantischen Ozean überqueren und in Rio de Janeiro Aufenthalt nehmen.

Der Bürgerkrieg in China

Schanghai, 19. Sept. Wie aus München gemeldet wird, beabsichtigt Tschanghsuekian, der Beherrscher der Mandchurie, in den chinesischen Bürgerkrieg einzugreifen, und sowohl auf die nordchinesische Regierung wie auf die Nanjingregierung einen Druck auszuüben, damit sie endlich zu Friedensverhandlungen kommen. Die Heerführer der Mandchurie haben auf der von Tschanghsuekian einberufenen Konferenz beschlossen, ihre Truppen bei Schanghai zusammenzuziehen.

Kleine politische Nachrichten

Das Urteil im Verleibungsprozeß Düsterberg-Vornemann. Im Prozeß des zweiten Bundesführers des Stahlhelm, Oberstleutnant Düsterberg gegen den Ordenskanzler des Jungdeutschen Ordens, Vornemann, und den Hauptschriftleiter der Zeitung „Der Jungdeutsche“ Pastenaci wurde das Urteil verkündet. Vornemann und Pastenaci wurden wegen Verleibung in einem Falle zu einer Geldstrafe von je 50 Reichsmark (ersatzweise zu fünf Tage Haft), verurteilt. Es handelte sich um den Vorwurf, der Stahlhelm habe Sonderverhandlungen mit Frankreich geführt.

Ausgang der Nationalsozialisten aus der Berliner Stadtverordnetenversammlung. In einer außerordentlichen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung gab die nationalsozialistische Fraktion eine Erklärung ab, in der betont wird, daß die Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung nicht mehr dem Willen der Berliner Bevölkerung entspreche. Da die Mehrheit der Versammlung durch die Handhabung der Geschäftsordnung es unmöglich mache, für die Berliner Bevölkerung fruchtbare Arbeit zu leisten, werde die Fraktion den Verhandlungen nicht mehr beiwohnen.

Belgien feiert den 10. Jahrestag der Annexion von Eupen und Malmedy. Heute wird in Belgien der 10. Jahrestag der Annexion von Eupen und Malmedy gefeiert werden. Im Gebiet von Eupen und Malmedy wird an diesem Tage die belgische Flagge auf den öffentlichen Gebäuden gehißt werden.

Rückgang der Einfuhr deutscher Rohstoffe nach Italien. Nach italienischen Angaben über die Kohleneinfuhr in den ersten fünf Monaten des Jahres ist im Vergleich zu dem gleichen Abschnitt des vergangenen Jahres die Einfuhr aus Deutschland um 8 Prozent gesunken. Im ganzen wurden 5,296 Millionen Tonnen eingeführt, davon 54 Prozent aus England, 31,5 Prozent aus Deutschland, 5 Prozent aus den Vereinigten Staaten, 2,5 Prozent aus Polen, 2,5 Prozent aus dem Saargebiet ein halbes Prozent aus Frankreich und 3 Prozent aus anderen Staaten zusammen. Die Vereinigten Staaten haben ihre Kohleneinfuhr dabei um 33,9 Prozent (1), Polen um 42 Prozent, England um 4 Prozent erhöht. Zurückgegangen ist die Einfuhr aus Frankreich um 67 Prozent, aus Deutschland um 8 Prozent, und aus den übrigen Staaten zusammen um 5 Prozent.

Stürmische Wahlen in Bombay. Die Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung in Bombay verliefen sehr stürmisch. Die Polizei verhaftete 382 Frauen und 18 Männer, die der Kongresspartei angehören. Über 250 Personen wurden verletzt. Frauen standen als Boykottposten vor den Wahllokalen und zogen Tücher über die Straße, um die Wähler an der Ausübung ihrer Wahlpflicht zu verhindern.

Aus aller Welt

Raubüberfall auf eine Sparkasse.

Drei maskierte Räuber drangen in die Sparkasse von Porz bei Köln ein. Mit vorgehaltenem Revolver hielten sie die anwesenden Kassensbeamten in Schach und raubten eine Summe von 8000 Mark. Hierauf ergriffen sie die Flucht und fuhren in einem Kraftwagen in Richtung Köln eilig davon. Bisher ist es nicht gelungen, der Täter habhaft zu werden. 120 000 Mark unterschlagen.

Der frühere Gemeindevorsteher Theodor Knauff aus Hemmerde ist auf Anordnung der Staatsanwaltschaft festgenommen worden. Knauff ist geständig, in den letzten zwei Jahren für Brauereien aus Düsseldorf, Gladbach, Rheydt und Maaßen 120 000 Mark einkasstierte Kundengelder unterschlagen zu haben. Er hatte als Vertreter dieser Brauereien das Inkasso zu besorgen. Der Untersuchungsrichter hat Haftbefehl erlassen.

Umfangreicher Kaviar Schmuggel.

Der Zollfahndungsstelle Berlin und der Zollbehörde in Warnemünde ist es gelungen, zwei Männer festzunehmen, die seit langer Zeit einen außerordentlich großen Schmuggel mit Kaviar betrieben haben. Vor etwa 14 Tagen entdeckten Beamte in einem Kühlhaus in der Nähe des Alexanderplatzes 400 Pfund Kaviar, die sich als unverzollt herausstellten. Der Besitzer dieses Hauses, der Kaufmann Steinfeld, erklärte der Polizei, daß die Ware von einem Dänen, dessen Name ihm nicht bekannt sei, bei ihm untergestellt worden war. Sofort wurden die Nachforschungen nach dem Unbekannten aufgenommen. Den Zollbeamten in Warnemünde war seit langem ein Auto aufgefallen, das mehrermale im Monat die dänische Grenze passierte. Jede Durchsicherung des Wagens, dem dänischen Kaufmann Adolf Petersen gehörte, verlief negativ. Endlich kam man jetzt hinter das Geheimnis dieses Autos. Die Hinterwand des Fahrzeuges konnte geöffnet werden und man fand darin nicht weniger als 68 Dosen Kaviar. Es stellte sich heraus, daß dieser Kaviar Schmuggel seit etwa 3 Jahren von Petersen und Steinfeld erfolgreich betrieben wurde.

Auto vom D-Zug zertrümmert.

Ein schweres Autounfall ereignete sich bei Pöchlarn. Ein mit drei Personen besetztes Auto, das sich von Pöchlarn nach Brunn unterwegs befand, wurde auf einem Bahnübergang von dem D-Zug Wien-Paris erfaßt, einige Meter weit mitgeschleift und vollständig zertrümmert. Zwei der Insassen wurden auf der Stelle getötet, während der dritte schwere Verletzungen erlitt. Die Schuld an dem Unglück trifft den Schrankenwärter, der es veräumt hatte, die Schranken des Bahnüberganges zu schließen.

Zwei Todesopfer eines Handgranatenausschlages.

In einem Dorfe in Westgalizien wurde in eine Gruppe von jungen Leuten, die von der Arbeit heimkehrten, von einem bis jetzt unermittelten Täter eine Handgranate geschleudert, die inmitten der Schar explodierte. Zwei Personen wurden getötet, sechs schwer und acht leicht verletzt.

Auf der Spur einer großen Schmugglerbande an der englischen Küste.

Scotland Yard ist einer großen Schmugglerbande auf die Spur gekommen, die in der Themsemündung und an der Küste der Grafschaft Kent ihr Unwesen treibt und große Mengen von Tabak, Alkohol, Seide und auch Morfotta nach England einschmuggelt. Es war der Polizei aufgefallen, daß die Sommerfischer viel weiter auf See hinausfuhren, als es notwendig war und da mit anderen Fahrzeugen in Verbindung traten. Ferner wurden unter den Fischern viele unbekannte und verdächtige Personen gesehen. In den letzten angeschwemmten Schiffe fand man Kokain. Die Küstenwache ist verstärkt worden.

5000 Pfund Dynamit explodiert.

In Everett (Washington) explodierten 5000 Pfund Dynamit der Mast-Pulvergesellschaft, kurz nachdem die Mehrzahl der Arbeiter die Fabrikanlagen verlassen hatte. Die Explosion zerstörte die Fabrik und richtete meilenweit in der Umgegend Schaden an. Mehrere Personen werden vermisst und viele wurden schwer verletzt. Der infolge der Explosion entstandene Brand droht weitere 8000 Pfund Nitroglycerin zur Explosion zu bringen.

Polizei-Manöver im Odenwald

Aus Buchen wird berichtet: Anfang dieser Woche durchzogen einige hundert Mann Schutzpolizei in kleineren Abteilungen unser Städtchen. Sie waren zum größten Teil zu Fuß und wurden in den Dörfern der Umgebung einquartiert. Wie wir erfahren, ist der Grundgedanke der Übung ein rein polizeilicher. Eine staatsfeindliche Bewegung von Osten hat sich durch Terrorakte die Gewalt verschafft und die verfassungsmäßige Ordnung außer Funktion gesetzt. Die Polizei wird nun eingesetzt, um die Ordnung wieder herzustellen. Sie rückt in vier getrennten Kolonnen von Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe und Forstheim gegen das Unruhegebiet vor, um die staatsfeindliche Bewegung zu erticken. Diese sucht den Anmarsch zu vereiteln oder möglichst aufzuhalten, doch gelingt es der Polizei, vorzudringen. Sie bezieht Wladim im nahen Hainstadt, nicht ohne dabei gestört zu werden. Doch die Polizei führt ihren Auftrag aus; sie wird Herr der Lage. Das Unruhegebiet wird in Ordnung gebracht. Ein besonders schönes Bild bot das Wladimleben bei Hainstadt. Leuchtkugeln erhellten die Nacht, Feuer löst sich empor, Kochkessel dampften. Am Schluß wurde das große Wladimfeuer entzündet, um das sich die Mannschaften scharten. Aus der ganzen Umgebung war zahlreiches Volk gekommen, das ungewohnte Schauspiel zu besehen.

Zum Flugzeugunglück in Böblingen

Stuttgart, 19. Sept. Wie von zuständiger Seite zu dem schweren Flugzeugunglück in Böblingen ergänzend mitgeteilt wird, hat der Luftakrobat Schindler das Umfliegen von einem Flugzeug ins andere während des Fluges nicht im Auftrag des Württ. Luftfahrtverbandes geübt, da eine Vorfahrt dieses Kunstflüglers auf dem vom Württ. Luftfahrtverband im Rahmen des Cannstatter Volksfestes geplanten Flugtag nicht vorgeesehen war. Vorbereitende

Übungen dieser Art für den Volksflugtag in Cannstatt kamen schon deshalb nicht in Frage, weil die Vorfahrt dieses gefährlichen Kunstflüglers vom Württ. Wirtschaftsministerium nicht genehmigt worden war und diese Entscheidung des Wirtschaftsministeriums Schindler bekannt gewesen ist. Schindler wollte anscheinend von sich aus durch die Vorfahrt des besagten Kunstflüglers in Böblingen die Möglichkeit der gefahrlosen Ausführung desselben beweisen.

Der Schulflugbetrieb in Böblingen wird nach dem tragischen Tode von Hauptmann Engwer und Fluglehrer Spengler bis auf weiteres eingestellt. Mit der vorläufigen Leitung der Schulen wurde Hauptmann Weese betraut.

Zu dem Unglück selbst wird noch gemeldet, daß Schindler nicht, wie Hundertmar, der bei demselben Versuch in Düsseldorf tödlich verunglückte, eine Strickleiter sondern eine Leiter aus Stahlrohren mit unwickelten Sprossen benutzte. Die Leiter liegt unter dem Flugzeug und wird in der Luft langsam abgedreht, bis sie senkrecht steht. Schindler wollte vom unteren Flugzeug aus die unterste Sprosse erfassen. Dort war eine Signalleine befestigt, die dem Führer der oberen Maschine das Gelingen anzeigen sollte. Dann wollte er hinaufklettern und durch eine Lucke in den vorderen Sitz des Flugzeugs einsteigen.

Aus Württemberg

Drei Reichstagsabgeordnete des Christlichen Volksdienstes in Württemberg.

Auf der Reichsliste des Christlich-Sozialen Volksdienstes wurden u. a. in den Reichstag gewählt: Rektor Kling in Stuttgart-Untertürkheim, M. d. L., und Rechnungsrat Bausch in Korntal, M. d. L. Zusammen mit Reallehrer Simpfendorfer bildet der Christliche Volksdienst in Württemberg nunmehr drei Abgeordnete in den Reichstag.

Vergütungssätze für Heeres-Verpflegung.

Der Reichsbefoldungsabzug für die Heeresverpflegung, der zugleich gesetzlicher Vergütungssatz für Quartierverpflegung ist, wird zufolge einer Bekanntmachung des Württ. Innenministeriums, nicht mehr wehrfreiweise, sondern von dem Reichswehrministerium für das Reichsheer und das gesamte Reichsgebiet einheitlich festgesetzt und zwar in der Regel halbjährlich im Voraus in der Höhe, daß er den Bedürfnissen aller Wehrfreie entspricht. Für das Halbjahr 1. Juli bis 31. Dezember 1930 ist er auf 1,40 RM. festgesetzt worden. Davon entfallen auf die Mittagkost 0,66 RM., auf die Abendkost 0,47 RM., auf die Morgenkost 0,27 RM.

Die Reichseinnahmen und -Ausgaben im Juli 1930

Berlin, 19. Sept. Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums betragen im Monat Juli 1930 (alles in Millionen) im ordentlichen Haushalt die Einnahmen 1 242,2 und für die Zeit vom 1. April bis Ende Juli 3 664,7, während sich die Ausgaben auf 1 044,6 bzw. 3 691,9 stellen, so daß sich für den Juli eine Mehreinnahme von 197,6 und für die Zeit seit Beginn des Rechnungsjahres bis Ende Juli eine Mehreinnahme von 27,2 ergibt.

Im außerordentlichen Haushalt betragen die Einnahmen im Juli 15,0 und seit Beginn des Rechnungsjahres 605,4, in der Ausgabe wird für Juli ein Minus von 25,3 ausgewiesen. Seit Beginn des Rechnungsjahres betragen die Ausgaben 118,4. Für Juli 1930 wird mithin im außerordentlichen Haushalt eine Mehreinnahme von 40,3 und seit Beginn des Rechnungsjahres von 487,0 ausgewiesen. Der Kassensollbestand des Reiches betrug am 31. Juli 1930 1 187,0, wovon 1 143 verwendet worden sind, so daß ein Restbestand von 44 bei der Reichshauptkasse und den Außenstellen vorhanden war. Die schwebende Schuld hat sich auf 1 207,3 Ende Juli gegen 1 387,0 Ende Juni vermindert.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden	169,23
100 franz. Franken	16,50
100 schweiz. Franken	81,51

Börsenbericht.

Stuttgart, 19. Sept. An der Börse waren die Kurse weiter rückläufig, da fast keine Aufnahmeneigung bestand.

Lohnkürzung bei Arbeitszeitkürzung trotz Tarifvertrag zulässig.

Die achte Kammer des Landesarbeitsgerichts Berlin hatte sich mit einer Berufungsklage der Brennabor-Werke in Brandenburg gegen den Gewerkschaftsbund der Angestellten zu beschäftigen. Das Arbeitsgericht in Brandenburg hatte zugunsten des GdL entschieden, daß bei der Einführung von Kurzarbeit eine Kürzung des Gehaltes während des Bestehens des Tarifvertrages unzulässig sei. Demgegenüber erklärte das Landesarbeitsgericht Berlin in seinem Urteil, daß es sich dem Standpunkt des Arbeitsgerichtes Brandenburg nicht anschließen könne und daß die Klage des GdL abgewiesen werden müsse. Eine Revision gegen das Urteil wird zugelassen. Das Landesarbeitsgericht ist der Ansicht, daß die Kurzarbeitsklausel keineswegs im Widerspruch zum allgemeinen Tarifvertrag stehe. Es sei daher als rechtmäßig zu betrachten, wenn die Brennabor-Werke bei Arbeitszeitkürzung eine Gehaltskürzung vorgenommen hätten.

L. C. Berliner Produktenbörse vom 19. Sept.

Weizen märk. 234-236; Roggen märk. 163-165; Braugerste 204-222; Futtergerste 180-195; Hafer märk. 158-169; Weizenmehl 27,50-35,75; Roggenmehl 23,75-27; Weizenkleie 8,75-9; Roggenkleie 8,25-8,50; Viktoriaerbsen 30-34; Futtererbsen 19-20; Peluskerbsen 20-21; Ackerbohnen 17-18; Wicken 20-22; Rapskuchen 9,80-10,20; Leinkuchen 17,30 bis 17,60; Soyaschrot 14-14,80. Allgemeine Tendenz: uneinheitlich.

Biehpreise.

Kaupheim: Kalb 465-580, Küber und Boshen 160 bis 375 Mark. - Rürtingen: Farren 327, Dohsen und Stiere 475-550, Kühe 400-700, Kalbinnen und Rinder 340-732, Küber 220-330 Mark. - Deuringen: Kühe 400-620, Kalbinnen 420-600, Stiere und Jungrinder 250-570 Mark. -

Amtliche Bekanntmachungen

**Eröffnung
der Landwirtschaftsschule Calw.**

Die Landwirtschaftsschule Calw, umfassend die Oberamtsbezirke Calw und Neuenbürg, wird nach der Bekanntmachung der Zentralstelle für die Landw. vom 19. Aug. (Staatsanzeiger Nr. 192) am 3. November d. J. mit einem oberen und unteren Kurse eröffnet. Die Tagesstunde für die Schuleröffnung wird vom Schulvorstand noch bestimmt und von diesem rechtzeitig den aufzunehmenden Schülern bekanntgegeben.

Die Anmeldung zur Aufnahme hat bis spätestens 15. Oktober bei Landw.-Lehrer Pletsch in Calw zu geschehen.

Das für den Schulbesuch zu entrichtende Schulgeld beträgt für den oberen Kurs 30 RM., für den unteren 35 RM. und ist beim Eintritt zu bezahlen. Bedürftigen Schülern kann auf Antrag die Bezahlung des Schulgeldes ganz oder teilweise erlassen werden.

Neuintretende Schüler müssen das 17. Lebensjahr zurückgelegt haben (also im Jahr 1913 oder früher geboren sein), guten Rummund und die für das Verständnis des Unterrichts notwendigen Fähigkeiten besitzen.

Mit der Anmeldung sind ein Geburtschein, ein Rummundzeugnis, die Schulzeugnisse, sowie die Einwilligung des Erziehungsberechtigten zum Besuch der Schule vorzulegen und der Nachweis einer mindestens 1 1/2-jährigen Tätigkeit in einem landw. Betriebe zu erbringen. Die Entscheidung, ob dem Aufnahmegesuch entsprochen werden kann, erfolgt Ende Oktober und wird dem Angemeldeten durch den Schulvorstand eröffnet.

Nähere Auskunft über den Lehrplan, die Kosten, die Unterbringung der Schüler erteilt auf Verlangen der Schulverwaltung.

Die Herren Ortsvorsteher werden ersucht, die landw. Kreise ihrer Gemeinde von der Eröffnung der Schule in Kenntnis zu setzen und die Landwirte bei der Anmeldung zu unterstützen.

Calw, den 18. Sept. 1930. Oberamt.

Herbstübungen 1930

der
Freiw. Feuerwehrgesellschaft Calw
Einzelübungen

1. Zug am 22., 24., 27. Sept. u. 1. Oktober
2. " " 22., 25. Sept. u. 1. Oktober
3. " " 22., 25. "
4. " " 25., 29. "
5. " " 23., 26. "
6. " " 22., 29. "

je abends 6 Uhr.

Anzug: Rock, Mütze, Gurt.

Hauptübung

mit sämtlichen Zügen

Montag, den 6. Oktober, abends 7/8 Uhr
in voller Ausrüstung mit nachfolgender

Hauptversammlung

im Badischen Hof.

Das Kommando: Wochele.

Stadtgemeinde Calw.

Feldmäusevertilgung.

Um die dieses Jahr wieder aufgetretene Feldmäuseplage zu vermindern, gibt die Stadt Calw an die Besitzer landwirtschaftlich benutzter Grundstücke auf Calwer Markung am Montag nachmittag von 4-6 Uhr im Flur des Volksgewächshauses unentgeltlich Giftweizen ab. Gefäße, die später nicht mehr verwendet werden können, sind mitzubringen.

Calw, den 19. September 1930.

Stadtschultheißenamt: G h n e z.

1a Mostäpfel

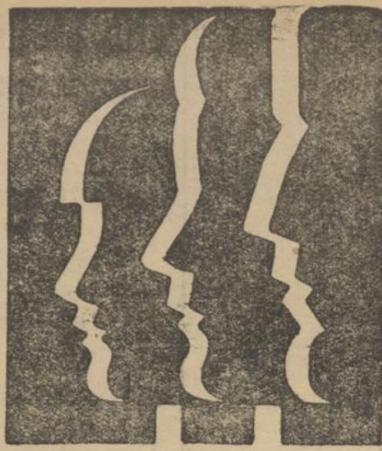
liefert in Wagonladungen zu günstigen Preisen
R. Galle, Rottenburg a. N.
Güterbahnhofstr. 1 - Telef. 37

Landw. Bezirksverein Calw.

Wie haben auf Lager:

- | | |
|-------------------|--------------|
| Thomasmehl | Futterkalk |
| Kalifalz | Lebertran |
| Rainit | Weizen |
| Nitrophoska | Serfte |
| Kalkstickstoff | Hafer, alten |
| Leinmehl | Winterwicken |
| Erdnußmehl | Wintererbsen |
| Sojaschrot | Senf |
| Fischmehl | Spörgel |
| Schnellmastfutter | |

Ausgabe Mittwochs und Samstags
Die Geschäftsstelle.



MALBI

**DAS GUTE
NÄHRBIER**

REINES MALZ-BIER

unübertroffen in Geschmack
und Güte.

Erzeugnis der Brauerei Rob. Leicht,
Vaihingen a. F.

Fragen Sie: Calw Tel. 32 und 12
oder Bad Liebenzell 2 u. 16 od.
Unterreichenbach 2.

Kalksteinschotterlieferung!

Wir haben die Lieferung von

75 cbm Kalksteinschotter

mit höchstens 4 cm Korngröße frei unserer Baustelle
Kolbachtalweg zu vergeben. Nähere Auskunft wird auf
unserer Baustelle erteilt.

J. Hellstern & Sohn Bauunternehmung z. 3. Liebenzell

Lichtspieltheater „Badischer Hof“
Morgen Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr und abends 8 Uhr.

Das letzte Fort (in 6 Akten)

Drei Europäer als Führer aufständischer Araber im Kampf um ihre Unabhängigkeit gegen den fremden Eroberer. Drei Heimatlose, die ihre verbrecherische Vergangenheit rühmen und durch eine Frau in der grauenhaften Oede der Wüste, fern von der Heimat die Erfüllung ihres Schicksals finden.
Ein Drama des unbändigsten Lebens und des lachenden Sterbens.

Im Beiprogramm:

Unter falschem Namen. Ein lustiger Sensationsfilm
in 7 Akten.

Wohin geht man zum

**Nachmittags-
Kaffee?**

In das herrlich gelegene
**Höhen-Restaurant
u. Terrassenkaffee
Schützenhaus, Calw**
Warme Küche
jederzeit.
Fernsprecher Nr. 4.

Linoleum

für

**Boden-, Wand-
und Tischbelag**

Stragula

Leppiche, Läufer
Vorlagen

Emil G. Widmaier
Bahnhofstr. Fernspr. 15

Bäckerlehrling

nicht unter 15 Jahren,
kann sofort eintreten.

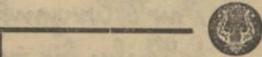
Bäckerei Rosmar,
Pforzheim, Leopoldstr.

Wirt. Volksbühne Theatergemeinde Calw

Für die Spielzeit 1930/31 sind an Aufführungen vorgesehen:

Angermayer: Flieg roter Adler von
Tirol, **Shaw:** Die heilige Johanna,
Sheriff: Die andere Seite, **Grill-
parzer:** Medea, **Schrek:** Straßen-
musik, **Molnar:** Der Teufel, **Neftroy:**
Lumpazivagabundus, Ein Weihnachts-
Märchen.

Spieltage: 28. Oktober, 16. Januar, 27. Februar u. 4. Mai.
Neu-Anmeldungen nimmt die Buchhandlung Häußler
entgegen.



Gesangverein Concordia Calw

Sonntag, 21. Sept. vorm.
11-12 Uhr im Stadtgarten
(bei günstiger Witterung)

Volkslieder-Stunde

Zum Vortrag kommen:
Volkslieder aus alter
und neuer Zeit.
Eintrittspreis: 30 Pf.

Nachmittags von 3 Uhr ab
im Dreiß'schen Saal:

Märchenstunde (mit Lichtbildern)

Kinder unserer Mitglieder
sind frei. Kinder von Nicht-
mitgliedern herzlich will-
kommen. Eintritt 20 Pf.



**KAPPEN
FÜR DEN
HERBST**

Filzkappe 3.95
in neuen Formen, mit originellen
Garnituren

Elegante Kappe 5.75
gelungene Modell-Köpfe, in allen
Farben

Samt-Kappe 6.80
gezogen, prima Qualität

Flotte Wiener Kappe 9.75
mit vornehmer Chenille-
Garnitur

Pneumatik-Hut 12.50
allerfeinste Atelier-Arbeit

HERMANN

WRONKER
AKTIENGESELLSCHAFT

PFORZHEIM

Ersthe
Täglich
der Son
Ang
a) im
die Selt
b) im
die Selt
Auf S
komme
Für P
kann
überne
Für be
N
E. H. B
Vertreter
Frage: L
Land ver
der Re i
„Ich en
sche Prei
Seite dro
Frage ist
Lage in
sich aus
gefahr, an
gezeigt ha
mert um
Ihre ganze
die darin
nommene
Arbeiten
mühtigen
überzeugt
terstützung
eine Auf
sehen. Da
heit des
Mehrheit
immer de
ebenso fid
Volks fi
Das de
hat sich
nüchterne
Dieser g
Garantie
die der M
und da a
lichen M
kommen
Reichs
Vertreter
redung, in
„Nach
Lage in
Ein de
E. H. B
lehten S
hungsent
in dem a
die verbü
nach soll
ralskreiä
Kenntnis
Kunst in
tiefen. Fe
Entschlie
Minderhe
zulegen. I
Entschlie
Zeitpunkt
unterfuch
des alle
schlüsse
ständig dr
Der V
Minderhe
nis und
Regierung
eines stä
hätten, so
sei heute
Verfahren
die dort
den und
danke ein
die Gegen
völlern b
recht gesch
r i n k o w
fahrens o
gierungen
der Minde